Energiewende wirkt: Anteil energiearmer Haushalte steigt auf 17 Prozent

geschrieben von Admin | 25. Februar 2014

Bei Spiegel Online berichtet ein Florian Diekmann

Kostenexplosion bei Strom, Öl, Gas: Energiearmut in Deutschland nimmt drastisch zu

Strom, Heizung und Warmwasser sind für immer mehr Bundesbürger kaum noch bezahlbar. 6,9 Millionen Haushalte müssen nach Informationen von SPIEGEL ONLINE mehr als jeden zehnten Euro für Energie ausgeben – 2008 waren es erst 5,5 Millionen Haushalte.

Hamburg – Steigende Energiekosten werden zu einem Problem für immer mehr Bürger in Deutschland. Allein von 2008 bis 2011 ist der Anteil sogenannter energiearmer Haushalte in der Bundesrepublik von 13,8 auf 17 Prozent gestiegen. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion hervor, die SPIEGEL ONLINE vorliegt. Damit gilt inzwischen mehr als jeder sechste Haushalt als energiearm...

..“Die fossilen Energien werden zur Armutsfalle, und die Bundesregierung sieht tatenlos zu, wie jedes Jahr 400.000 Haushalte mehr in diese Falle geraten“, sagt die Grünen-Umweltexpertin Bärbel Höhn. Das von Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD) angekündigte „Bündnis für bezahlbares Wohnen“ sei ohne Maßnahmen zur Energieeinsparung zum Scheitern verurteilt, kritisiert die Grünen-Bundestagsabgeordnete.

Und im Handelsblatt Online ist zu lesen :

Die Grünen haben über eine Anfrage an die Bundesregierung beunruhigendes aufgedeckt: Zusehends mehr Menschen rutschen angesichts steigender Kosten in die „Energiearmut“. Die Oppositionspartei spart nun nicht an Kritik. Die Grünen warfen der Regierung vor, sie tue zu wenig, um Gebäude besser zu isolieren und den Einbau sparsamerer Heizungen zu fördern. So würden die Menschen von den steigenden Kosten überfordert: „Das Resultat sind vermehrte Gassperren und Leute, die an allen Ecken und Enden sparen müssen, um in kalten Wintern die Rechnungen bezahlen zu können“, sagte Grünen-Energieexpertin Bärbel Höhn.

Die links-grüne Zeit konnte sich bisher noch nicht auf die richtige Blattlinie einigen und übernahm nur die SPON Variante des Einführungstextes. Der „weiterführende“ Link führt zu einer Fülle

fachfremder Beiträge, aber nicht zur Energiearmut. Vielleicht ist es auch besser so.

Auch Science Sceptical hat sich dieser vorhersehbaren Heuchelei angenommen.

Autor Rudolf Kipp bemerkt:

...Es ist immer ein gefundenes Fressen für einen Blogger wenn er seine Auffassung, die bislang in den Mainstream-Medien eher stiefmütterlich vertreten wurde, an so prominenter Stelle vertreten findet. Allerdings machte sich beim Lesen des Artikels erst eine gewisse Ernüchterung breit, die nach vollständiger Lektüre zu staunendem Unglauben wurde. Grund für diese Gefühlsentwicklung war, dass ein für das Verständnis der dargestellten Problematik Energiearmut wesentlicher Begriff in dem Beitrag überhaupt nicht genannt wurde.

Daher hier die Frage an die Leser: Welcher gesuchte Begriff taucht in dem Spiegel-Online Artikel nicht ein einziges Mal auf?

Dirk Maxeiner von ACHGUT spießt besonders die Heuchelei der Grünen auf:

Grünes Armuts-Beschaffungsprogramm immer erfolgreicher

Das ist die hohe Kunst der Politik. Schritt eins: Man verursache ein Problem. Schritt zwei: Man schiebe dieses Problem anderen in die Schuhe. Schritt drei: Man stelle allerlei Forderungen auf, die das Problem nicht lösen, sondern weitere Probleme schaffen. Wie dieser Dreisprung geht, führt gerade die Grüne Exministerin Bärbel Höhn in Vollendung vor. Im Angesicht der durch die grüne Wind- und Sonnen-Ideologie explodierenden Strompreise entdeckt die Dame plötzlich "Energiearmut". Die hat aber nicht etwa etwas mit der Zwangs-Förderung der sogenannten erneuerbaren Energien zu tun, sondern ganz im Gegenteil: "Die fossilen Energien werden zur Armutsfalle, und die Bundesregierung sieht tatenlos zu, wie jedes Jahr 400.000 Haushalte mehr in diese Falle geraten", sagt Frau Höhn.

Die Logik hinter dieser Aussage bleibt ihr absolutes Geheimnis, schließlich liegt der Energiepreis in Ländern, die

beispielsweise auf Gas vertrauen, um bis zu zwei Drittel (USA) niedriger als hier. Und deshalb fordert Frau Höhn den nächsten Unsinn: die Bundesregierung müsse die energetische Sanierung von Gebäuden stärker finanziell fördern. Konkret sollten die Kosten von der Steuer absetzbar sein, Förderprogramme der staatseigenen KfW-Bank besser ausgestattet und ein Klimazuschuss zum Wohngeld gewährt werden, sagt Höhn. Eine Studie der KfW-Bank hatte vergangenes Jahr ergeben, dass die energetische Sanierung von Häusern für die Besitzer (und erst recht die Mieter) häufig unwirtschaftlich ist: "Die staatliche Förderbank KfW hat in einer Pressemitteilung zu den volkswirtschaftlichen Konsequenzen der Energiewende eingeräumt, dass sich aus heutiger Sicht die Investitionen in energieeffizientes Bauen und Sanieren „nicht allein aus den eingesparten Energiekosten refinanzieren lassen“. Siehe hier. Weiter so im Armutsbeschaffungs-Programm!